

im richtigen Verhältniß zu den großen Gefahren, welche ein längerer Verzug des Verfassungswerkes dem gemeinsamen Vaterlande nothwendig bringen müßte. Indem daher die Unterzeichneten Namens ihrer hohen Regierungen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung des Deutschen Reichs anerkennen und annehmen, geben sie sich der Erwartung hin, daß die Königlich Preuss. Regierung in Berücksichtigung der für alle Theile Deutschlands gleichmäßig dringenden Bewegungen denselben Grundsätzen folgen und die Ueberzeugung gewinnen werde, daß sie auf diese Weise dem hohen Verufe, den ihr die Neugestaltung Deutschlands anweist, zu genügen im Stande sein werde. Sie gehen dabei von der Ueberzeugung aus, daß unter dieser Voraussetzung alle Deutschen Regierungen, denen der Eintritt in den zu errichtenden Bundesstaat nicht durch ihre besonderen Verhältnisse gegenwärtig unmöglich ist, von gleicher patriotischer Auffassung geleitet, einer völligen großartigen Einigung sich anschließen werden, und daß es daher einer Regulirung mit diesen außerhalb der Verfassung nicht bedürfen werde.“

Berlin, 14. April. In heutiger Sitzung der zweiten Kammer wurde der erste Paragraph des Plakatgesetzes, wonach nur amtliche und industrielle, so wie Vergnügungs-Plakate nachgelassen werden sollten ganz verworfen und die übrigen bedeutend amendirt, so daß von der ganzen Ministerial-Vorlage eigentlich nichts weiter übrig geblieben ist, als daß jeder, der mit Plakaten auf der Straße handeln will, sich einen Gewerbeschein lösen muß, der aber auch nicht, wie das Ministerium wollte, willkürlich, sondern nur nach den allgemeinen Regeln der Gewerbegesetzgebung wieder entzogen werden kann. Ebenso kamen mehrere beachtenswerthe Dringlichkeitsanträge zur Verlesung. So von Schulze-Delitzsch sofort eine besondere Commission niederzusetzen, welche der Kammer Vorschläge über Abhülfe des drückenden Nothstandes der arbeitenden Klasse zu machen habe; von demselben die Staatsregierung aufzufordern, die Grundrechte des deutschen Volks nebst den Einführungsgesetzen durch die Gesetzsammlung zu publiciren; endlich von Plücker eine Aufforderung an das Ministerium für alle wegen politischer seit dem 18. März. v. J. verübten Verbrechen und Vergehen gerichtlich, ehrengerichtlich, militärgerichtlich oder im Disciplinarwege Verurtheilte eine Begnadigung resp. Rehabilitirung bei des Königs Majestät zu beantragen. — Der mehrfach erwähnte Royalistenbund, welcher, wie er von sich rühmt gegen den inneren Feind das werden soll, was der Lugenbund in den Jahren 1813 und 1814 gegen den äußeren Feind war, entwickelt eine außerordentliche Thätigkeit. Derselbe zählt in Berlin bereits gegen 1000 Mitglieder und fast täglich werden neue Mitglieder in demselben aufgenommen. Das eigens dazu eingerichtete Aufnahme-Local befindet sich in der Köthenerstraße. Den Vorsth bei den Aufnahme-Feierlichkeiten führt jederzeit der Graf Luckner aus Cöpreußen, nicht aber, wie früher gemeldet, der Geheime Secretair Habel, bei welchem nur die Anmeldungen zur Aufnahme Statt finden. Das Gelöbniß, welches die Bundesmitglieder abzulegen haben, lautet dem Inhalte nach: „ich gelobe treu zu bleiben dem Könige und festzuhalten an der constitutionellen Monarchie unter Erblichkeit des Hauses Hohenzollern; ich erkenne die unterm 5. Decemver verliehene Verfassung als rechtsgültiges Staatsgrundgesetz an; ich gelobe die in den Statuten dargelegten Principien und Tendenzen zu meinen eigenen zu machen, denselben unbedingt Folge zu leisten und in den Tagen der Gefahr mich um den König zu schaaren und zu kämpfen mit Gott für König und Vaterland! — Die durch die Einführung der Schwurgerichte erforderlichen Baulichkeiten im hiesigen Kriminalgerichtsgebäude sind zum großen Theil vollendet. Der große neu erbaute Sitzungssaal wird Mittwoch den 18. eröffnet werden. Den Gegenstand der ersten Verhandlungen werden indeß nur Sachen von geringer Erheblichkeit, einige in der Aburtheilung noch rückständig gebliebene Diebstahlsfälle, bilden. Der Saal zeichnet sich vor ähnlichen dem Dienste der Justiz gewidmeten Räumen durch eine geschmackvolle Decorirung aus. Auch ist hier zum ersten Male seitdem wir das öffentliche Verfabren besitzen dem Rechte des Publikums auf den Mitgenuß der Oeffentlichkeit gebührende Rücksicht zu Theil geworden. Der für die Zuhörer bestimmte Raum ist nämlich für 300 Personen zureichend, und überdies ist den Journalisten ein besonderer Raum vorbehalten. — Man spricht von einer neuen Circularnote, welche unsere Regierung soeben an die deutschen Höfe erlassen, in welcher Preußen sich entscheiden für die Herstellung eines engeren deutschen Bundesstaates und für die baldige Verständigung mit der deutschen National-Versammlung, auch auf die Gefahr hin, daß Oesterreich sich diesem Bunde nicht anschließen sollte, ausspricht. Die Fürsten werden darin dringend aufgefordert, sich endlich einmal offen zu erklären, wie sie es in dieser Beziehung gehalten wissen wollen.“

Berlin, 14. April. In den politischen Kreisen macht sich ein wunderbar schwankender Zustand bemerkbar. Ein Gerücht treibt das andere. Man bemerkt bei jedem Schritt, wie es in allen öffentlichen Dingen an Festigkeit und Sicherheit im Anhalt fehlt. Die Gerüchte über einen bevorstehenden Ministerwechsel nehmen insbesondere in dem Grade zu, als der Sturm wegen des Empfanges der Reichs-Deputation von allen Seiten gewaltsamer gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel heranbraust. Man hört aber gleichzeitig immer entschiedener die Vermuthung anregen, daß die Abdankung der

jetzigen Minister eine zweite noch höhere Abdankung zur Folge haben dürfte. In letzterer Beziehung soll vorgestern Abend ein Staatsrath unter Zuziehung mehrerer diplomatischen Notabilitäten abgehalten worden sein. Es ist schwer, hier die Schleier des Geheimnisses mit einiger Sicherheit zu lüften, auch wenn es zweifellos ist, daß sich Alles um die deutsche Frage dreht. Zieht man indeß eine Reihe einzelner Thatsachen in Betracht, die theils notorischer, theils verbürgter Natur sind, so gewinnt die Vorahnung heranziehender großer Ereignisse immer mehr Stärke und wir dürfen uns auf tiefgreifende Staatsveränderungen gefaßt machen. Wir rechnen dahin die ungewöhnlich großen Courir- und Diplomatenwechsel, die neuen Truppenverfärbungen, die Gerüchte über die Abnahme von Privatwaffen, deren sich neuerdings andere über eine bevorstehende Kammervertretung anschließen. Nicht minder bemerkenswerth erscheint das Verhalten des Ministers v. Manteuffel, seine täglichen Promenaden durch die lebhaftesten Stadttheile, sein häufiges Erscheinen in sehr besuchten öffentlichen Lokalen, seine forschenden Gespräche mit dem Publikum. Endlich darf noch der auffallend häufige Verkehr Camphausen mit dem Prinzen von Preußen und die vielfach behauptete deutsche Intention des Letztern nicht außer Acht gelassen werden. Als neue Minister werden oft Winke, bald Bodelschwing bezeichnet.

*** Berlin, 14. April.** Die heute mit der Wiener Zeitung vom 12. d. M. zur Kenntniß gelangte neueste österreichische Note vom 8. worin das Osmüger Kabinett, unter Verweisung auf den „vertragsmäßig und factisch noch bestehenden deutschen Bund,“ die Abordnung eines Bevollmächtigten nach Frankfurt kurzweg verweigert und zugleich gegen alle durch die preussische Note vom 3. d. M. angebahnten Verhandlungen und Beschlüsse „feierliche Verwahrung“ eingelegt, hat hier eine außerordentliche Bewegung hervorgerufen.

„In dieser an den K. K. Gesandten, Freiherrn v. Prokesch, in Berlin gerichteten Depesche heißt es wörtlich: „Wie bereitwillig wir Vorschlägen entgegengekommen sein würden, wenn solche von Seite Preußens in seiner Eigenschaft als Genosse des vertragsmäßig und factisch noch bestehenden deutschen Bundes gemacht worden wären, um auf der Grundlage eines von der deutschen National-Versammlung berathenen Verfassungs-Entwurfes eine Vereinbarung über die zeitgemäße Neugestaltung Deutschlands auf gesetzlichem Wege herbeiführen, dafür bürgen unsere blündigen Erklärungen, dafür bürgen die wiederholten und entschiedenen Schritte, welche wir zu diesem Ende in Berlin gethan haben. Dagegen aber vermögen wir nicht, der Ausführung der von dem preussischen Kabinette in seiner Circular-Depesche vom 3. d. M. ausgesprochenen Absichten unsere Zustimmung zu ertheilen, und noch viel weniger dieselben zu befördern. — Die National-Versammlung nur berufen, in Gemeinschaft mit den Fürsten das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, hat ihrer gesetzlichen Thätigkeit selbst ein Ziel gesetzt, indem sie das Werk für vollendet erklärt, und die ihr zustehenden Befugnisse überschreitend, nicht allein die eigenmächtig beschlossene Verfassung vollzogen und als Gesetz veröffentlicht hat, sondern sogar ohne Vollmacht Deutschland einen Erb-Kaiser zu geben beabsichtigte. — Waren diese Vorgänge schon ungesetzlich, so hat diese Versammlung den Boden des Rechts vollends verlassen, indem sie sich nicht minder eigenmächtig für permanent erklärte. — Aus diesen Gründen können wir die Gültigkeit der von der National-Versammlung außerhalb dem Bereiche ihrer Befugnisse gefaßten Beschlüsse eben so wenig anerkennen, als wir ihr das Recht auf fernere Thätigkeit zuzugestehen vermögen. Für uns besteht die National-Versammlung nicht mehr und kann daher weder auf Anordnungen hinsichtlich einer neu zu bildenden provisorischen Centralgewalt Einfluß üben, noch einen Antheil an Verhandlungen zum Behufe einer Vereinbarung über das von ihr selbst für abgeschlossen erklärte Verfassungswerk nehmen. — Sollte demnach der Erzherzog-Reichsverweser, an welchem von Seiten Sr. Majestät des Kaisers eine dringende Aufforderung ergangen ist, sein Amt noch fortzuführen, bis auf gesetzlichem Wege für die Leitung der deutschen Angelegenheiten Vorfrage getroffen sein wird, diesem Wunsch aus unvorhergesehenen Gründen nicht zu entsprechen vermögen, müßten wir gegen die Uebernahme und Ausübung dieser Gewalt durch eine der deutschen Regierungen allein entschiedene Einsprache erheben und darauf bestehen, daß sie in einer Weise organisiert werde, welche sämtlichen Regierungen eine gerechte Vertretung in derselben zu sichern im Stande wäre. — Da unter diesen Umständen mit der National-Versammlung keine weitere Verhandlung über das Verfassungswerk gepflogen werden kann, die Centralgewalt aber in ihrer Eigenschaft als eine rein executive Behörde hierzu nicht berufen wäre, und Se. Maj. der Kaiser an dem bereits ausgesprochenen Grundsatz festhalten müssen, sich und Ihre Staaten der von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt unterordnen zu können, wir demnach auf der von Preußen aufgestellten Grundlage auch mit dessen Bevollmächtigten, wie mit jenen anderen deutschen Fürsten, in Frankfurt nicht zu unterhandeln vermögen, sind wir nicht in der Lage, der an uns ergangenen Einladung zu entsprechen und einen Bevollmächtigten zu den daselbst beab-